

Dem Universitäts-jubiläum entgegen

Die ersten Studentenzirkel

UZ-Serie/9

Von Dr. Adelheid Muschalle, 1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung KMU

Die Traditionen unserer Arbeit mit wissenschaftlichen Studentenzirkeln reicht mehr als zweieinhalb Jahrzehnte zurück. Mit der Einführung der Hochschulreform 1951 wuchs die Systematik des gesamten Studienprozesses. Ab September 1951 wurde das erste Zehn-Monate-Studium realisiert, für alle Fachrichtungen wurden beständige Studienpläne eingeführt. Charakteristisch für die Arbeit der FDJ, insbesondere der Arbeiter- und Bauernstudenten, war, daß die zunehmende Aufmerksamkeit der Unterstützung aller Studenten galt, mit gutem Erfolg die fixierten Studienziele zu erreichen und die politisch Aktivsten und fachlich Besten an die schöpferische wissenschaftliche Arbeit heranzuführen.¹⁾

In Lernzirkeln, den Vorläufern unserer heutigen Studiengruppen, oder in thematischen Heimabenden der FDJ wurden Erfahrungen über beste Studienmethoden ausgetauscht. Gute Studenten übernahmen Patenschaften über solche, die größere Schwierigkeiten bei der Bewältigung des Stoffes hatten. Immer mehr Professoren und Dozenten fanden sich bereit, die Studenten in ihrem Bemühen zu unterstützen. So wurden an der Juristischen Fakultät auf Initiative der Parteioffiziere spezielle Konsultationen von Vertretern des Lehrkörpers durchgeführt. Das Anliegen dieser Aktivitäten bestand darin, alle immatrikulierten Studenten zu befähigen, die Studienziele zu erreichen und sie gründlich auf die Praxis des sozialistischen Aufbaus vorzubereiten.

Schöpferische Aspekte im Studium nahmen mit der Hochschulreform von 1951 einen immer größeren Stellenwert ein. In erster Linie fand das seinen Ausdruck darin, daß zahlreiche Funktionen der Partei und der FDJ sich bereit erklärten, als Hilfsassistenten im marxistisch-leninistischen Grundstudium zu wirken. Dem Studium der Klassiker des Marxismus-Leninismus wurden verstärkte Aktivitäten gewidmet. Hier engagierten sich einige der ersten Studentenzirkel. Studenten der Arbeiter- und Bauern-Fakultät der Universität Leipzig nahmen sich im Februar 1952 der Sache an und bildeten 20 „wissenschaftliche Interessengemeinschaften“. Je 10 waren im gesellschaftswissenschaftlichen und im naturwissenschaftlichen Bereich angesiedelt und arbeiteten unter der Verantwortung von Studiendirektoren. So beschäftigten sich Zirkel mit historischen Problemen, politischer Ökonomie, Russisch, deutscher Literatur, mit Komplexen aus der Biologie, der Chemie, Physik oder Mathematik. In der Regel trafen sich die interessierten Freunde täglich zu zwei- bis dreistündigen Diskussionen, in denen sie Literatur auswerteten und sich zur Lösung von Aufgaben verständigten.

Diese Erfahrungen wurden ausgewertet und der

wachsende Anspruch an die schöpferische Arbeit der Studenten zugrunde gelegt, als, entsprechend dem Beschluß der zentralen Parteileitung vom 21. November 1952²⁾, am Ende des Jahres dazu übergegangen wurde, Studentenzirkel als konkrete Form der Förderung politisch und fachlich hervorragender Studenten zu bilden und zu entwickeln. Bereits im Februar 1953 konnte der 1. Sekretär der Universitätsparteileitung darauf verweisen, daß inzwischen 32 solcher Zirkel bestanden, wobei sie sich zunächst in den gesellschaftswissenschaftlichen Bereichen konzentrierten. Interessante Themen wurden zur Bearbeitung übernommen: Am Publizistik-Institut verteilte ein Zirkel die sowjetische Presse aus der Zeit der Kollektivierung aus; ein Zirkel an der Juristischen Fakultät beschäftigte sich mit dem Kampf der DDR um die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Lausitzer Sorben, und an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät beschäftigten sich die Freunde mit der Verbesserung des Unfallschutzes.³⁾

Die Arbeit zeichnete sich in diesen Kollektiven dadurch aus, daß die Ergebnisse der Sowjetwissenschaft zielgerichtet ausgewertet, der Kontakt zur gesellschaftlichen Praxis gesucht und hergestellt und klare Ergebnisformen – z. B. wissenschaftliche Studentenkongresse und Publikationen – angestrebt wurden. So fand wenige Wochen vor der Verleihung des ehrenvollen Namens an unsere Alma Mater, am 14. März 1953, eine der ersten wissenschaftlichen Studentenkongresse im Beisein des damaligen 1. Sekretärs der FDJ-Bereichsleitung Leipzig, Genossen Horst Schumann, statt, auf der FDJ-Studenten erste Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Arbeit vorstellten.

Die Ansprüche an die wissenschaftliche Leistung der wissenschaftlichen Studentenzirkel sind in den zurückliegenden 25 Jahren zweifellos gestiegen, die Verantwortung der FDJ-Studenten und jungen Wissenschaftler bei der Lösung der übernommenen Aufgaben nimmt ständig zu. Gleichzeitig verfolgen wir hier, am Anfang der 50er Jahre den Beginn des Prozesses, in dem der Student in der Gesellschaft in zunehmendem Maße gefordert und damit gefördert wird – sozusagen: Grundlagen der Bestenförderung.

¹⁾ Vgl. Fischer, R.: Wie sich die Parteioffiziere für hohe Wissenschaftlichkeit des Studiums einsetzen, LVZ 8 (1953), Nr. 41, vom 18. 2. S. 1

²⁾ Ebenda

³⁾ Vgl. Chronologie zur Geschichte der FDJ an der KMU, Arbeitsmaterial

⁴⁾ Vgl. Fischer, R.: Wie sich die Parteioffiziere ... a. a. O.

160. Geburtstag



von Karl Marx

25. Jahrestag



der Namensgebung



Der Staatsverlag informiert

Neokolonialismus in der Krise

Liebscher, G.; Friedländer, P. Etwa 208 Seiten, Pappband, 12 M; LSV: 0235; Bestellangaben: Nr. 771 146 7, Liebscher, Krise; erscheint 1/78.

Die Autoren analysieren aus marxistisch-leninistischer Sicht die Krise des Neokolonialismus und die neuen Tendenzen und Erscheinungsformen der neokolonialen Politik des zur Anpassung an die revolutionären Veränderungen in der Welt gezwungenen Imperialismus. Damit entwerfen sie die kontextrevolutionären Aktivitäten und Ziele des Neokolonialismus, die zwar noch gefährlich, jedoch durch den von den national befreiten Staaten im ant imperialistischen Bündnis mit dem Weltsozialismus geführten entschlossenen Kampf um Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt letztlich zum Scheitern verurteilt sind.

Gliederung: Der Neokolonialismus in der internationalen Klassenaussensetzung/Die ökonomische Politik des Neokolonialismus/Neue Tendenzen der ideologischen Diversion des Neokolonialismus.

Anhang: Gemeinsame Erklärung sozialistischer Länder zur IV. Tagung der Konferenz der UNO für Handel und Entwicklung (Auszüge); Politische Deklaration, Aktionsprogramm für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Kritik der Ideologie des Neofaschismus

Autorenkollektiv Aus dem Russischen Etwa 320 Seiten, Leinen, etwa 18 Mark; LSV: 0185; Bestellangaben: 771 144 6, Kritik, Neofaschismus; erscheint III/78. Aus der Gliederung:

Faschismus und Neofaschismus/Aktuelle Probleme des Kampfes gegen die Ideologie des Neofaschismus/Militarismus und Neofaschismus/Besonderheiten der Ideologie und Politik des Neofaschismus in den verschiedenen Ländern/Kampf der Kommunisten und demokratischen Kräfte in der BRD/Gesellschaftspolitische Konzeptionen des Neofaschismus/Ideologie des italienischen Faschismus/Ideologie der amerikanischen Rechtsextrémisten/Faschismus in der Südafrikanischen Republik/Besonderheiten der Politik und Ideologie des Faschismus in Chile/Lehren aus dem Neofaschismus in Griechenland.

BRD und China

Stepanow, A. I. Aus dem Russischen Etwa 240 Seiten, Pappband, etwa 10 Mark; LSV: 0439; Bestellangaben: 770 968 0, Stepanow, BRD u. China; erscheint IV/78.

Der Verfasser der vorliegenden Monografie stellt sich die Aufgabe, die Entwicklung der Beziehungen zwischen der BRD und der VR China in der Zeit von 1949 bis 1977 zu verfolgen, die Etappen dieser Beziehungen zu analysieren, die Ziele, Aufgaben und konkreten Schritte beider Staaten zu verdeutlichen sowie auf einige Aspekte der Tätigkeit der westdeutschen und der chinesischen Diplomatie in diesem Zeitraum aufmerksam zu machen. Das besondere Augenmerk gilt hierbei dem konsequenten Kampf der KPdSU und des Sowjetstaates für Frieden und internationale Sicherheit.

Dr. sc. Gottfried Dittlich

Zum Schutz von Werktätigen im höheren Lebensalter

Von Dr. A. Süßmilch, Sekretär der UGL / Teil 2

gen muß ein Werktätiger im Arbeitsprozess auch Anforderungen erfüllen, die von seinen sonstigen Aufgaben abweichen. Die vorübergehende Übertragung anderer Arbeit gibt dem Leiter ein Instrument zur Lösung betrieblicher Schwerpunkte und verpflichtet den Werktätigen, bei Einhaltung der gesetzlichen Grenzen, diese Arbeit zu leisten. Im höheren Lebensalter ist jedoch besonders zu beachten, daß Übernahme anderer Aufgaben mit zusätzlichen Belastungen verbunden ist. Das betrifft sowohl eventuelle körperliche Belastungen, als auch die mit der anderen Tätigkeit verbundene Notwendigkeit der schnellen Umstellung auf neue Arbeitsbedingungen. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, wurde im Paragraph 85 (3) AGB geregelt, daß ab 5. Jahr vor Erreichen des Rentenalters andere Arbeit nur im Einverständnis mit dem Werktätigen übertragen werden darf (ausgenommen davon ist die Übertragung anderer Arbeit bei Warte- und Stillstandszeiten). Mit dieser Regelung ist nicht gesagt, daß die Übertragung anderer Arbeit unzulässig sei. In vielen Fällen ist ja die Belastung bei Ausübung der anderen Tätigkeit selbst geringer, als bei der regelmäßigen. Es ist jedoch dem Kollegen selbst überlassen, zu entscheiden, ob er sich in der Lage fühlt, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Der Leiter hat deshalb in einer Aussprache mit dem Werktätigen zu klären, inwieweit dessen die Erfüllung dieser Aufgabe möglich ist.

beenden. Generell hat jeder Betrieb gegenüber älteren Werktätigen, sofern eine Kündigung z. B. wegen Strukturveränderungen unumgänglich erscheint, die Möglichkeit des Abschlusses eines Änderungs- oder Überleitungsvertrages umfassend zu prüfen, um auf diesem Wege die Realisierung des Rechts auf Arbeit zu gewährleisten. Von den meisten Betrieben wird diese gesellschaftliche Verantwortung sehr bewußt wahrgenommen. Für den Schutz der Rechte jedes Werktätigen ist jedoch eine spezifische juristische Garantie dafür erforderlich, daß auch in seiner konkreten Situation alle Möglichkeiten der sozialistischen Gesellschaft ausgeschöpft werden, um seine weitere Beschäftigung zu gewährleisten. Als zusätzlicher Schutz für Werktätige ab 5. Jahr vor Erreichen des Rentenalters bestimmt deshalb Paragraph 39 (1) AGB, daß eine fristgemäße Kündigung seitens des Betriebes nur nach vorheriger Zustimmung des zuständigen Rates des Stadtbezirkes bzw. Rates des Kreises erfolgen darf. Damit wird durch die staatlichen Organe garantiert, daß an jede Kündigung eines älteren Werktätigen höchste Anforderungen gestellt werden. Dieses Zustimmungrecht ist ein Ausdruck der staatlichen Kontrolle gegenüber dem Betrieb bezüglich der Realisierung seiner besonderen Pflichten gegenüber älteren Werktätigen.

Veteranenbetreuung

Mit der Beendigung des Arbeitsrechtsverhältnisses ist die Verantwortung des Betriebes gegenüber älteren Werktätigen nicht erschöpft. Es ist Ausdruck der besonderen Förderung und Unterstützung, welche unsere Gesellschaft ihren älteren Bürgern gewährt, daß die Betriebe ihren ehemaligen Kollegen nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess weiter zu betreuen und zu unterstützen haben. Entsprechend § 236 AGB sind die Arbeitsveteranen in das geistig-kulturelle Leben und die soziale Betreuung des Betriebes einzubeziehen. Diese Aufgabe wird an der KMU über entsprechende Festlegungen im BKK realisiert. (Teil I veröffentlichte UZ am 3. 3.)

Kündigungsschutz

Solange die Kündigung eines Arbeitsverhältnisses durch den Betrieb erfolgt, ist die Erfüllung der Arbeitsaufgabe und die damit zu erbringende Arbeitsleistung. Diese Forderung hat nicht nur einen juristischen Aspekt. Sie bringt auch zum Ausdruck, daß Arbeit nur dann der Erfüllung der Persönlichkeit dient, wenn durch Erfüllung der gestellten Anforderungen die eigene Leistungsfähigkeit subjektiv bewahrt wird. Um die Übereinstimmung von vorhandenem Arbeitsvermögen und Anforderungen ständig zu sichern, wurden in die erläuterten besonderen Pflichten des Betriebes bezüglich der Gestaltung des Arbeitsprozesses geregelt. Unter bestimmten Voraussetzun-

Im revolutionären Kampf geschmiedet

Dieses Buch überreichte Jochen Pommer, Sekretär für Propaganda und Agitation bei der SED-Bereichsleitung, in Anwesenheit einiger Historiker am 23. Januar an Genossen Horst Schumann, 1. Sekretär der Bezirksleitung Leipzig der SED, sowie weiteren Mitgliedern des Sekretariats. Die Übergabe war mit einer Beratung weiterer Aufgaben der langfristigen Erforschung und Darstellung der Geschichte der Bezirksparteiorganisation verbunden.

Die Publikation über das Ringen um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und um die Vereinigung von KPD und SPD zur SED auf dem Gebiet des Bezirkes Leipzig in den Jahren 1945/46 erscheint ungefragt gleichzeitig mit dem Abriss „Geschichte der SED“ und ist eine interessante Ergänzung seines 2. Kapitels. Es wurde von der Kommission der SED-Bereichsleitung zur Erarbeitung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung in Zusammenarbeit mit der Sektion Geschichte der Karl-Marx-Universität herausgegeben. (Zu den Redaktionsmitgliedern zählen aus dem Kreis von Hochschullehrern unserer Universität die Professoren H. Arnold, M. Bensing, G. Koppelman. So zeigt es sogleich die Wirksamkeit der KMU im Territorium an.) Wie der Leiter des Redaktionskollegiums, der Sekretär der Bezirksleitung, J. Pommer, im Vorwort schreibt, bildet die Publikation den „Ausgangspunkt für die Darstellung der Geschichte unserer Bezirksparteiorganisation“. Zahlreiche in ausgezeichnete Qualität wiedergegebene Fotos und Dokumente machen sie zu einer illustrierten Geschichte des Vereinigungsprozesses im Bezirk der Anhang – eine synchrone optische Tabelle der Ereignisse in den Kreisen, Register zu etwa 200 Personen und 80 Orten, ein Betriebsverzeichnis u. a. – erleichtert ihre Benutzung.

Für die Geschichte und den Charakter unserer Partei in ihrer Entstehungsperiode programmatisch ist der Titel: die SED ist seit ihrer Gründung tiefst revolutionär, handelte bereits damals in Übereinstimmung mit dem Charakter unserer Epoche und war fähig, die auf der geschichtlichen Tagesordnung stehenden Aufgaben zu lösen. M. Bensing hat als Textautor die Partei-

geschichte in ihrer Einheit mit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und – was ein deutlicher Fortschritt in der Geschichtsschreibung ist – mit den Grundzügen der Geschichte der Arbeiterbewegung geschrieben, das Zustandekommen und die Entwicklung der Aktionseinheit von KPD und SPD bis hin zu ihrer Vereinigung als den bestimmenden Vorgang der Formierung der Arbeiterklasse zum Hegemon behandelt. Darin äußert sich das erfolgreiche Bemühen, die Forschungen des von ihm geleiteten Lehrstuhls über die Geschichte der Arbeiterklasse der DDR und deren Einwirkung auf die anderen Klassenkräfte pazifistisch wirksam umzusetzen. Entsprechend dieser Anlage verdeutlicht das Buch nicht nur die Organisationsgeschichte, sondern die umfassende revolutionäre Wirksamkeit der Bezirksparteiorganisation in den Monaten ihrer Entstehung. Es konzentriert sich besonders auf die Parteilinie in den Verwaltungsorganen sowie in den Betrieben auf die Agitations- und Propagandatätigkeit.

Diese Publikation ist keineswegs allein für die damaligen Akteure der Geschichte gedacht, von denen viele an ihrem Zustandekommen teilhatten. Sie gehört in die Hand eines jeden Geschichtspropagandisten, damit ihr Gehalt möglichst vielen, vor allem den Angehörigen der jungen Generation erschlossen werden kann. Da sie den Kampf um die revolutionäre Einheit in seiner ganzen Komplexität zeigt, hilft sie, viele aktuelle Fragen des revolutionären Weltprozesses aus historischer Sicht grundsätzlich zu klären, naturgemäß vor allem solche, die sich auf das Verhältnis zwischen unterschiedlichen Strömungen der Arbeiter- bzw. der demokratischen Bewegung beziehen. Unmittelbaren Nutzen wird sie besonders für das 1979 beginnende Parteilehrjahr zur Geschichte der SED haben.

Weiterführende Arbeiten, für die die vorliegende Schrift Maßstäbe setzt, sollen einige Wünsche befriedigen, um eine höhere Wirksamkeit zu erlangen: Einige bedeutende Persönlichkeiten aus der Geschichte der Bezirksparteiorganisation müßten durch Kurzbiographien vorgestellt, Auszüge aus unveröffentlichten Archivalien quellenmäßig belegt werden. Wünschenswert wäre es, solche Publikationen auch über den Buchhandel zu vertrieben, um sie dem potentiellen Nutzer- und Interessentenkreis voll zu erschließen.

rechtsfragen UZ

Besondere Aufmerksamkeit ist im höheren Lebensalter einer regelmäßigen gesundheitlichen Betreuung zu widmen. Anliegen ist es nicht allein, Gesundheitsschäden zu beheben, sondern durch vorbeugende Betreuung diese nach Möglichkeit zu vermeiden. Aus diesem Grunde regelt Paragraph 208 AGH die Pflicht des Betriebes, alle Werktätigen ab 5. Jahr vor Erreichen des Rentenalters in die regelmäßige arbeitsmedizinische Dispensarbretung einzubeziehen. In Realisierung dieses Verpflichtung wurde im BKK 1978 festgelegt, daß die infrage kommenden Werktätigen bis zum 30. 6. 78 zu erfassen sind. Auf dieser Grundlage wird dann ein Betreuungsplan aufzustellen sein, wobei die regelmäßige Untersuchung dieser Werktätigen gewährleistet.

Übertragung anderer Arbeit

Solange die Übertragung anderer Arbeit im höheren Lebensalter in den Arbeitsprozess einbezogen sind, haben sie natürlich die arbeitsrechtlichen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. So gibt es z. B. keine Abstriche bezüglich der Erfüllung der Arbeitsaufgabe und die damit zu erbringende Arbeitsleistung. Diese Forderung hat nicht nur einen juristischen Aspekt. Sie bringt auch zum Ausdruck, daß Arbeit nur dann der Erfüllung der Persönlichkeit dient, wenn durch Erfüllung der gestellten Anforderungen die eigene Leistungsfähigkeit subjektiv bewahrt wird. Um die Übereinstimmung von vorhandenem Arbeitsvermögen und Anforderungen ständig zu sichern, wurden in die erläuterten besonderen Pflichten des Betriebes bezüglich der Gestaltung des Arbeitsprozesses geregelt. Unter bestimmten Voraussetzun-